



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

45. hét

2019.11.04.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Personelle Veränderungen und örtliche Koalitionsbrüche im Oppositionslager:*

Im Anschluss an die Wahlen kommt es im Lager der Oppositionsparteien zu personellen Verschiebungen. Mit László Botka hat eines der prominentesten Mitglieder der Sozialisten die MSZP verlassen, mit Gábor Vona trat der einstige Spitzenkandidat um das Amt des Ministerpräsidenten aus der Jobbik aus, während Péter Jakab auf die Kandidatur für den Parteivorsitz der Jobbik verzichtete und bei der LMP seit dem letzten Parteitag keine einzige Kandidatin für die Position der weiblichen Co-Vorsitzenden zur Verfügung steht. In Jászberény muss die Kommunalwahl wiederholt werden, nachdem der Verdacht des Wahlbetrugs aufkam.

Wirtschaftspolitik – *Neuer Rekord in der Beschäftigtenzahl:*

Laut aktuellen Angaben des KSH ist die Beschäftigtenzahl in Ungarn seit 2010 um 811.000 Personen gestiegen und übertraf damit erstmals die Marke von 4,5 Millionen. Der überwiegende Teil des Zuwachses ergab sich in der Wettbewerbssphäre, was untermauert, dass die Maßnahmen der ungarischen Regierung zur gleichzeitigen Förderung von Unternehmungen und Beschäftigung erfolgreich zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum beitragen können.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Der russische Präsident Wladimir Putin besuchte Budapest:*

Ministerpräsident Viktor Orbán empfing in Budapest den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Neben Donald Trump, Angela Merkel, Emmanuel Macron und Recep Tayyip Erdoğan ist er der einflussreichste Politiker, mit dem der ungarische Ministerpräsident in diesem Jahr verhandeln konnte. Das Gespräch drehte sich um energiepolitische Entwicklungen, eine vertiefte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und den Schutz der christlichen Gemeinschaften. Daneben waren die Versorgungssicherheit mit fossilen Energieträgern und das AKW Paks 2. wichtige Themen der Verhandlungen.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Das britische Parlament hat sich auf vorgezogene Wahlen im Dezember verständigt:*

Nur einen Tag, nachdem die Abgeordneten einen entsprechenden Antrag von Premier Boris Johnson noch abgelehnt hatten, gelang am Dienstag doch eine Einigung bezüglich der für Dezember angesetzten Neuwahlen.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

PERSONELLE VERÄNDERUNGEN UND KOALITIONSBRUCH IM OPPOSITIONSLAGER

In den Reihen der Oppositionsparteien und auch zwischen den einzelnen Parteien häufen sich Anzeichen der Unsicherheit. Auf die Kommunalwahlen 2019 folgten im Oppositionslager personelle Veränderungen und Koalitionsbrüche. Gegenwärtig steht im Reigen der Oppositionsparteien einzig an der Spitze der DK ein charismatischer Parteivorsitzender, während die Entwicklung im Budapester Stadtteil Pesterzsébet zeigt, dass ein dauerhafter Zusammenschluss unsicher erscheint. In Jászberény müssen die Kommunalwahlen wiederholt werden.

Der Vorzeige-Bürgermeister der Sozialisten und frühere Spitzenkandidat der MSZP um das Amt des Ministerpräsidenten hat die Partei verlassen. Im Vorfeld mehrten sich die Anzeichen dafür, dass László Botka aussteigen wird, seitdem er im Herbst 2017 vorzeitig auf die Spitzenkandidatur verzichtet hatte. Botka gehörte zu den Kritikern von Ferenc Gyurcsány; sein Parteiaustritt könnte auf lange Sicht dazu führen, dass ein Teil der MSZP-Mitglieder – nachdem sich die Sozialisten in einem Popularitätstief befinden – gruppenweise zur DK hinüberwechseln könnte. Auch in der Jobbik kam es zu personellen Veränderungen, nachdem der frühere Parteivorsitzende und Spitzenkandidat die Partei verließ bzw. Fraktionschef Péter Jakab seine Kandidatur für den Parteivorsitz zurückzog. Letzterer Schritt stellt die demokratische Entscheidungsfindung in der Jobbik in Frage, weil die Wahl zwischen den beiden verbliebenen Kandidaten nicht abgehalten wurde. In Hinblick auf die einzelnen Parteiführungen passt auch die LMP in diese Aufzählung, nachdem dort immer noch keine Kandidatin für den Posten der weiblichen Co-Vorsitzenden aufgetaucht ist. Mit Ferenc Gyurcsány ist den Oppositionsparteien eine einzige charismatische Führungsperson verblieben, wobei dieser in erster Linie für die anderen Parteien des linken Spektrums eine Gefahr darstellen dürfte.

Abgesehen von den Unsicherheiten innerhalb der einzelnen Parteien dürfte auch der Zusammenschluss der Oppositionsparteien auf Dauer unsicher werden: Abgeordnete der Momentum-Bewegung im Budapester Stadtbezirk Pesterzsébet verließen das Oppositionsbündnis, nachdem ihre Bündnispartner von MSZP und DK nichts Wichtigeres zu tun hatten, als ihre Abgeordnetenbezüge um 20 Prozent anzuheben. Die von der Linken geführte Bürgerschaft des Stadtbezirks war auch ohne die Momentum-Abgeordneten beschlussfähig. Hinsichtlich der Zukunft

der Momentum-Bewegung könnte sich als Dilemma darstellen, wie sie sich langfristig zur Politik der Parteien des linken Lagers verhalten soll.

Die nächste große Herausforderung für die Oppositionsparteien dürfte der 10. November in Jászberény bringen, wo die Kommunalwahlen wiederholt werden müssen. In der Kleinstadt beantragten Fidesz-KDNP eine Neuzählung der abgegebenen Stimmen, weil sich der Verdacht des Wahlbetrugs am Wahltag erhärtete. Der örtliche Wahlausschuss entschied daraufhin, das Wahlergebnis zu annullieren und eine Wiederholung der Wahlen anzusetzen. Das Gremium gab in seinem Beschluss an, am Wahlsonntag hätten Fremde die Wahllokale aufgesucht und Geldspenden offeriert, die belegtermaßen dazu dienen sollten, das Wahlverhalten zu beeinflussen.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

EIN NEUER BESCHÄFTIGUNGSREKORD

Laut aktuellen Angaben des Statistischen Amtes KSH ist die Beschäftigtenzahl in Ungarn seit 2010 um 811.000 Personen gestiegen und übertraf damit erstmals die Marke von 4,5 Millionen. Der überwiegende Teil des Zuwachses ergab sich in der Wettbewerbssphäre, was untermauert, dass die Maßnahmen der ungarischen Regierung zur gleichzeitigen Förderung von Unternehmungen und Beschäftigung erfolgreich zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum beitragen können.

Die wirtschaftspolitische Aufgabe der ungarischen Regierung in nächster Zukunft könnte darin bestehen, einen zweiten oder Umständen sogar noch einen dritten Aktionsplan auszuarbeiten, mit dem die Erfolge der ungarischen Wirtschaft verteidigt werden können, nachdem der europäische Konjunkturabschwung vorerst nicht zum Stehen gekommen ist. Unter den strategischen Wirtschaftszielen Ungarns findet sich, beim Wirtschaftswachstum den Durchschnitt in der Gemeinschaft um mindestens 2 Prozentpunkte zu übertreffen, um auf diese Weise systematisch näher an das Niveau der westeuropäischen Länder zu rücken, Arbeitsplätze zu erhalten und die Löhne weiter anzuheben.

Die aktuellsten Wirtschaftsindikatoren zeigen, dass diese Zielstellungen vorläufig erreicht werden: Im September erreichte die Beschäftigungsquote 70,3 Prozent, was 811.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen seit 2010 entspricht, während die Löhne im Jahresvergleich wieder um 10,7 Prozent zulegen konnten.

Die Oppositionsparteien aber kritisieren die Regierung, denn noch müssten weitere zweihunderttausend neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um das 2010 gesteckte Ziel von einer Million Arbeitsplätzen zu erreichen.

Im Hintergrund der ansehnlichen Indikatoren stehen abgesehen von den bislang noch günstigen internationalen Wirtschaftstrends jene Maßnahmen der Regierung, mit denen sie die Unternehmungen ebenso wie das Beschäftigungsniveau fördert, während mittels Entwicklung und Unterstützung der einheimischen Unternehmen die Anfälligkeit gegenüber Verwerfungen an den internationalen Märkten gemindert und die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft des Landes gegenüber den negativen Auswirkungen einer eventuell eintretenden Weltwirtschaftskrise gestärkt wird.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

IN BUDAPEST TRAFEN VIKTOR ORBÁN UND DER RUSSISCHE PRÄSIDENT WLADIMIR PUTIN ZUSAMMEN

Ministerpräsident Viktor Orbán kam in Budapest mit Russlands Präsident Wladimir Putin zusammen. Putin betonte, Ungarn sei ein wichtiger Partner bezüglich der russischen Gaslieferungen nach Europa. Orbán sprach davon, dass Ungarn an einem ausgewogenen Verhältnis mit den Staaten der für sein Land relevanten Achse Moskau-Berlin-Istanbul gelegen ist.

Die beiden Politiker sehen den Handel als einen Hauptfaktor in den bilateralen Beziehungen an. Der ungarisch-russische Warenhandel überstieg 2018 die Summe von 6 Milliarden Dollar, wobei sich der Handel zwischen den beiden Ländern im Vergleich zum Vorjahr derzeit um rund 30 Prozent ausweitete. Die beiden führenden Politiker ratifizierten wichtige Dokumente, um Exporte und Importe weiter zu intensivieren sowie die Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft zu entwickeln, so dass Ungarns Gasversorgung bis 2025 sichergestellt ist. Putin erklärte, man messe dem Investitionsprojekt AKW Paks 2. große Bedeutung bei, nachdem das Atomkraftwerk schon heute 40 Prozent des ungarischen Elektroenergiebedarfs abdeckt und seine Kapazitäten nochmals ausgebaut werden. Unter den in Planung befindlichen gemeinsamen Projekten erwähnten die beiden Politiker konkret die Entwicklung der Donauschifffahrt und die Modernisierung des U-Bahnnetzes. Unter den politischen Belangen kamen die angestrebte Lösung der Ukraine-Krise und des Syrien-Konflikts sowie

die Frage zur Sprache, wie sich die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union normalisieren lassen. Putin bekräftigte seine Bereitschaft einer Zusammenarbeit mit Ungarn beim Schutz der verfolgten Christen im Nahen Osten und in Afrika.

Mit Blick auf die Ukraine sagte Putin, er wisse nicht, ob der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in der Lage sein wird, seine früher gemachten Versprechen einzulösen, bzw. inwieweit die neue Führung der Ukraine imstande sein werde, die Krise in der Ostukraine aufzulösen. Russland sei jederzeit bereit, an Treffen teilzunehmen, die einer Normalisierung der Lage dienen, weil auf jeden Fall Antworten auf die entstandenen Probleme gefunden werden müssten. Orbán sagte zur Ukraine in Beantwortung einer Journalistenfrage, Ungarn habe die NATO-Erklärung zur Ukraine deshalb nicht billigen können, weil seine Regierung die Interessen der ungarischen Minderheit in Transkarpatien nicht aufgeben werde. Der ungarische Ministerpräsident sieht es als unabdingbar an, dass die Ukrainer den Empfehlungen der Venedig-Kommission folgen, während er persönlich so bald wie möglich ein Treffen mit dem neuen ukrainischen Präsidenten wünscht. Eine Mehrheit der Ungarn verhält sich offenbar positiv zu dem Gipfeltreffen, denn eine frühere Umfrage des Nézópont-Instituts zeigte, dass 43 Prozent eine gute Meinung über Russland haben, während zur gleichen Zeit nur 36 Prozent eine negative Meinung äußerten.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

IM DEZEMBER FINDEN NEUWAHLEN IN GROSSBRITANNIEN STATT

Am Dienstag einigten sich die Abgeordneten im britischen Parlament, dass im Dezember vorgezogene Wahlen abgehalten werden. Premierminister Boris Johnson zufolge mache es keinen Sinn, die Zeit weiter zu verschleppen: Den Abgeordneten seied die Ideen in Verbindung mit dem Brexit ausgegangen und der politische Status quo schwäche nur das Parlament, meint er.

Boris Johnson hat dem Londoner Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, für den eine einfache Mehrheit genügt. Nachdem die Abgeordneten für die Vorlage stimmten, können im Dezember Neuwahlen in Großbritannien abgehalten werden. Der Premierminister sieht das deshalb als notwendig an, weil in der durch den Brexit entstandenen Pattsituation allein durch das Abhalten von Wahlen gewährleistet werden kann, dass das Parlament das Vertrauen der Wähler zurückerlangen kann. Der Regierungschef führte des Weiteren als Argument an, dass den Abgeordneten in

Verbindung mit dem sich seit annähernd drei Jahren in die Länge ziehenden Brexit die Argumente und Ideen ausgegangen sind. Erleichtert wurde der Schachzug für Johnson dadurch, dass auch der Chef der Labour, Jeremy Corbyn, dem Premier seine Unterstützung zusagte. Das war eine für viele Beobachter überraschende Entscheidung, denn nur einen Tag vor der Einigung noch hatte Corbyn erklärt, er könne dem konservativen Politiker nicht vertrauen. Am Dienstag erklärte er dann, nachdem die EU auch offiziell das Ersuchen Großbritanniens auf einen neuerlichen Aufschub gebilligt habe, bestünden bis zum 31. Januar 2020 Chancen für einen geordneten Austritt. „Wir werden einen radikalen und zielgerichteten Wahlkampf führen“, versprach Corbyn. Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, erklärte derweil, die übrigen 27 Mitgliedstaaten hätten die neuerliche Verlängerung des Brexit-Termins auch offiziell gutgeheißen. Möglich sind noch immer Änderungen bezüglich der Gesetzesvorlage zu den Neuwahlen, nachdem sowohl die Labour als auch die schottischen Nationalisten erreichen wollen, die Altersklasse der 16-17-Jährigen sowie die in Großbritannien lebenden EU-Bürger mit einem Wahlrecht auszustatten.

PROGNOSE

- Für die anstehenden Parlamentswahlen in Spanien zeigen die aktuellen Umfrageergebnisse der spanischen Meinungsforscher einen Sieg der sozialistischen PSOE voraus, deren Sympathiewerte allerdings sinken. Die Umfragen zeigten dabei einmal mehr an, dass keine Partei eine Mehrheit bei den Wahlen am Sonntag erlangen kann, um alleine die Regierung zu bilden.

Die jüngsten Meinungsumfragen zeigen, dass die Lage nach den Neuwahlen noch verspannter sein dürfte, zumal auch weiterhin kein einziger politischer Block die erforderliche Mehrheit zur Regierungsbildung erlangen wird. Laut diesen Erhebungen bleibt die PSOE die stärkste Partei, die jedoch laut Forschungsinstitut GAD3 dieses Mal nur noch mit 27,3, laut Institut NC Report mit 27,5 Prozent der Stimmen rechnen darf – ungefähr 1 Prozentpunkt weniger, als bei den Wahlen im Frühjahr. Auf Platz 2 wird die konservative Volkspartei (PP) erwartet, die deutlich von ihrem jüngsten Tiefpunkt mit 16,7 Prozent erstarben konnte und von den beiden Meinungsforschungsinstituten auf 21,7 bzw. 23 Prozent gemessen wird. Den aktuellen Erhebungen zufolge wird der große Verlierer die liberale Formation Ciudadanos sein, deren Unterstützung von 15,9 Prozent auf 8,9-9 Prozent zurückgefallen ist. Im Umfeld der Wahlen vom Frühjahr wurde die Mitterrechtspartei als potenzieller Koalitionspartner der PSOE neben der

linksliberalen Podemos gehandelt, nach den Wahlen jedoch verschloss sich die Ciudadanos kategorisch jedem Gedanken an eine solche Koalition. Das dahinterliegende Kalkül lautete, dass man nicht die zweite Geige neben den Sozialisten spielen wollte, sondern bestrebt war, den Platz der PP auf der politischen Palette zu erobern – nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand ist dieses Unterfangen gescheitert. Ausgehend vom aktuellen Stand ist sehr gut denkbar, dass in dem maßgeblichen Abgeordnetenhaus in Madrid mit seinen 350 Sitzen weder die Rechte noch die Linke über eine absolute Mehrheit verfügen wird. Ein wichtiger Aspekt der Wahlen besteht darin, in welche Richtung das über 10,5 Prozent der Stimmrechte im Europäischen Rat verfügende Spanien nach dem Brexit tendieren wird, nachdem Portugal bereits eine starke linksliberale Regierung aufweist, während eine ähnliche Formation in Italien derzeit auf schwachen Füßen steht.